

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verantwortlicher: Emil Dittmer Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Arbeit im Stillen. — Zur Frage des weiblichen Dienstjahres. — Wochenbericht vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

Arbeit im Stillen.

In seiner köstlichen Geschichte vom Fäbulein der sieben Aufrechten meintsteller, man solle nicht um den Weisfall der Lärmenden und Unruhigen lachen, sondern auf die Gelassenen und Festen sehen. Er hat darin recht: auf die Spreuer, die jeder Wind bewegt, kommt es weniger an, die tragende und wegweisende Kraft des Ganzen steckt immer in der ruhigen Arbeit, die nicht streitet und fragt, die mit gelassener Selbstverständlichkeit tut, was ihr Interesse verlangt. Schilt man sie darum philisterhaft und hausbacken und stümt man mit beschwörenden Reden auf sie ein, doch nun endlich einmal aufzuspringen und mit kühner Tat die Welt und noch einiges andere über den Haufen zu werfen, so sagt sie, wie Genosse Bauer auf dem letzten Parteitag erklärte: L. S. — Laßt schwägen! und arbeitet weiter.

Wir wollen uns nicht verhehlen, daß aus dieser Selbstverständlichkeit der ruhigen Arbeit auch eine Selbstgenügsamkeit werden kann, die nicht mehr über sich hinausdenkt und ihre Kräfte belanglosen und unfruchtbaren Nebendingen widmet. Wo allerdings ein großes lebendiges Klasseninteresse hinter ihr steckt und wo sie den Trägern dieses Interesses für ihr Tun verantwortlich ist, da darf man beruhigt sein, denn da schützt sicher die Bewegtheit des Denkens vor philiströser Abperrung und Erstarrung.

Ein Dokument dieser Arbeit im Stillen, die unbedrossen ihre Ziele verfolgt und unbeirrt von dem Lärm um sie her das tut, was das große von ihr vertretene Klasseninteresse fordert, ist der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften, der in diesen Tagen herausgekomen ist. Er umfaßt die Zeit vom Juni 1914 bis Juni 1915 und ist darum in gewissem Umfange ein Kriegsbericht. Denn es ist nicht ein Gebiet gewerkschaftlicher Tätigkeit, daß von den Wirkungen des Kriegszustandes unbeeinflusst geblieben wäre. Seine ersten Seiten führen uns in eine Zeit zurück, die uns heute sicher wie eine recht ferne Vergangenheit anmutet. Die Tage nach dem Münchener Kongreß waren den Vorbereitungen internationaler Arbeit gewidmet. Man rüstete sich zum Internationalen Kongreß in Wien, für den wiederum eine große Zahl internationaler beruflicher Konferenzen vorgesehen war, man bereitete die Teilnahme an dem Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor, der in Paris stattfinden sollte, man hatte die Teilnahme an mehreren anderen Veranstaltungen im Auslande zugezogen, man erwartete einen Besuch englischer Gewerkschaftsgenossen und hatte sich bereits über die Verdichtung der Muslin College durch deutsche Ge-

werkschafter geeinigt. Zwischen alle diese Vorbereitungen pläkte der Ausbruch des Weltkrieges und verwandelte die Szene von Grund aus. Als am letzten Julitage der Krieg unabwendbar erschien, rief die Generalkommission die Verbandsvorstände zusammen, um mit ihnen zu besprechen, was zum Schutze der Organisationen getan werden könnte. Man glaubte damit rechnen zu müssen, daß die Gewerkschaften zunächst geschlossen und zur Untätigkeit verurteilt würden. Als die Vorstände jedoch am 2. August zusammenkamen, konnte ihnen die Generalkommission mitteilen, daß bei der Regierung keine Absicht bestehe, die Tätigkeit der Gewerkschaften zu behindern, daß man im Gegenteil die Mitwirkung der Gewerkschaften bei den sozialen Fürsorgemaßnahmen wünsche. Das eröffnete den Gewerkschaften mit einem Schlage ganz neue Ausblicke. Die Generalkommission war zu solcher Mitwirkung bereit und sandte schon am 2. August Vertreter zum Reichsamt des Innern, die dort über die Bedingungen verhandelten, unter denen Industriearbeiter bei den Erntearbeiten helfen könnten und zugleich ihre Meinung über die Gesekentwürfe sahen konnten, die die Regierung am 4. August dem Reichstage vorlegen wollte.

„Wir wissen wohl“, heißt es in dem Bericht, „daß es in der Arbeiterbewegung einzelne Personen gibt, die behaupten, das wäre nicht unsere Aufgabe gewesen; wer den Krieg verschuldet habe, solle auch für die Folgen aufkommen. Dieser törichten Auffassung konnte sich die Generalkommission nicht anschließen.“

In der Erkenntnis, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die Folgen des Krieges für die Arbeiter möglichst zu lindern und das Vertrauen der Masse zu den Gewerkschaften als ihren berufenen Sachwaltern nicht zu enttäuschen, hat dann die Generalkommission und haben die Verbandsvorstände und viele örtliche Verwaltungen mit den Behörden zusammengearbeitet: Selbst wenn diese Tatsache an sich bekannt und sogar näher bekannt war, der ist von dem Ursprange des Zusammenarbeitens, wie er sich aus dem Bericht ergibt, überrascht. In den ersten Kriegswochen verging kaum ein Tag, an dem nicht Vertreter der Gewerkschaften an solchen Verhandlungen beteiligt waren.

Die ersten Wochen brachten die größten Sorgen, es galt dem Mangel an Arbeitskräften bei der Einbringung der Ernte und der riesigen Arbeitslosigkeit in den städtischen Industrien und Gewerben abzuhelfen. Der erste Uebereifer hatte da manchen Schritt getan, der wohl gut gemeint war, aber in seiner Wirkung das Uebel nur verschlimmerte. Da war das Aufgebot der Jugend zu der Ernte; nicht nur, daß man dadurch die Unterbringung der Arbeitslosen erschwerte, es lag in dieser unentgeltlich geleisteten Hilfe auch ein Anreiz zum Vohudruck bei den bezahlten Arbeitern. Da waren die Erlasse der Verwaltungsbehörden, in denen alle öffentlichen Betriebe zur Sparsamkeit ermahnt und naturgemäß zur Entlassung vieler Arbeiter bestimmt wurden. Da war die Ein-

Schränkung des Verbrauchs, die Annahme freiwilliger Hilfskräfte für öffentliche Dienste — alle jene dilettantenhaften Maßnahmen, die auf Vorstellung der Gewerkschaftsvertreter wieder rückgängig gemacht wurden. Dann aber galt es, positiv auf eine Besserung hinzuarbeiten. Vor allem kam es darauf an, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und einen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen. Das eine gelang nach mehreren Wochen des Uebergangs, das andere blieb ein Gegenstand dauernder Bemühungen. Bald erforderte die Regelung der Warenpreise und die Sicherung der Volksernährung die Mitarbeit der Gewerkschaften, dann galt es, die rückständigen Gemeinden zu besserer Arbeitslosenfürsorge zu veranlassen, dann mußten die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben und bei der mit Staatsaufträgen arbeitenden Kriegsindustrie beeinflusst werden. In allen diesen Fragen fanden sich Gewerkschaften und Behörden zusammen. Während die Opposition in unseren Reihen sich leidenschaftlich darüber erhitte, ob der Krieg ein Verteidigungs- oder ein Eroberungs- oder ein Präventivkrieg sei, während ein Säulein Verlorener in ausländischen Blättern nach der revolutionären Aktion rief, berieten Vertreter der Gewerkschaften und der Partei mit den Regierungsleuten, wie man dem Volke die höchste Widerstandskraft sichere. Welch ein Gegensatz zwischen dieser stillen Arbeit und jenen Diskussionen! Aber die Antwort auf die Frage, womit den Arbeitern am meisten gedient ist, kann nicht schwer fallen.

Gewiß wird man über den Erfolg dieser Arbeit nicht in jedem Falle restlose Zufriedenheit empfinden. Die Unterstützung der Kriegsfamilien läßt den Gemeinden einen allzu großen Spielraum und weist darum höchst ungerechte Unterschiede auf. Die Regierungsmaßnahmen zur Beeinflussung der Lebensmittelpreise sind oft sehr verfehlt gewesen. Noch manche andere Ausstellung drängt sich einem auf. Aber bei alledem bleibt es wahr, daß durch diese stille Arbeit unserer politischen und gewerkschaftlichen Vertreter manches Unheil von der Arbeiterklasse abgewendet worden ist. Wenn wir heute die Zurechtigkeit haben dürfen, daß sich die Arbeiterklasse auch in den Stürmen des Krieges behaupten und daß auch das stolze Gebäude ihres Organisationswesens, wenn auch geschwächt, so doch aber unverletzt daraus hervorgehen wird, so ist das der große Erfolg dieser Arbeit. Es fehlt wohl nicht an Leuten, die solchen Erfolg gering schätzen, denen es besonders darum verdächtig erscheint, weil es das Ergebnis des Zusammenwirkens der Arbeiterklasse und der Staatsgewalt ist. Man fürchtet, unsere Bewegung würde dadurch das Vertrauen der Massen einbüßen. Und doch wird das Gegenteil eintreffen. Die Lärmenden und Unruhigen freilich, die sich noch nie Rechenschaft über die Grundlagen unseres Einflusses in der Masse gaben, die werden und mögen mit unverständiger Nichtachtung an dieser Arbeit vorübergehen. Aber die wirkliche Masse, jene Masse, auf deren Anhänglichkeit die Größe und die Machtstellung unserer Organisationen beruht, die wird es der Partei und den Gewerkschaften danken, daß sie auch in der schwersten Zeit ihre höchste Aufgabe nicht verleugnet haben, Fürsicht, Schutz und Schirm der Armen und Bedrückten zu sein. Fester als je wird die Masse zu unseren Organisationen halten, fester als zuvor wird unsere Bewegung im Vertrauen des Volkes verankert sein. Und dieser Fonds an politischer Kraft wird uns im öffentlichen Leben zu Gute kommen.

Ansichts dieser Arbeit erscheinen die krampfhaften Bemühungen, der Arbeiterbewegung eine andere Politik aufzuzwingen, völlig ansichtslos. Sie ist für das Volk zu bedeutend gewesen, als daß man sie künftig ignorieren könnte, und sie hat Konsequenzen, denen sich weder die Regierung noch die Arbeiterbewegung entziehen kann. Nicht in den heftigen Proklamationen der Minderheit, sondern in dieser stillen Arbeit unserer Organisationen haben wir die Grundlage unserer künftigen Politik zu sehen. A. Winnig.

Zur Frage des weiblichen Dienstjahres.

Der Gedanke des „weiblichen Dienstjahres“ ist nicht erst durch den Krieg geboren worden, er ist vielmehr in den letzten Jahren in der bürgerlichen Frauenbewegung immer wieder aufgetaucht, und zwar aus dem Grunde, den die Genossin Hanna in ihrem Artikel „Organisierung der Frauenkräfte“ in Nr. 28 der „Gewerkschaft“ so zusammenfaßt: „Das Dienstjahr soll die Erlangung der Gleichberechtigung beschleunigen, da ja dann der jetzt noch immer von den Gegnern des Frauenwahlrechts angeführte Grund, die Frauen leisten dem Staate nicht die gleichen Dienste wie die Männer, sie können also auch nicht die gleichen Rechte fordern, wegfällt. . .“

Populär war der Gedanke aber in weiten Kreisen der bürgerlichen Frauen nicht, erst der Krieg hat ihn gewissermaßen zur Reife gebracht.

Für die organisierte Arbeiterklasse ist es nun allerdings keine neue Erkenntnis, daß die Erziehung der Mädchen zum Gemeinschaftsempfinden, zum Verständnis des Organisationswertes, zur Erkenntnis der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten der Frau, kurzum, daß die soziale Erziehung der Mädchen bisher außerordentlich vernachlässigt wurde, denn gerade die organisierte Arbeiterklasse hat unter dem geringen sozialen Verständnis, welches Millionen berufstätiger Frauen bisher bewiesen, am schwersten zu leiden gehabt. Deshalb stellen wir die Forderungen auf, welche die Genossin Hanna in ihrem Artikel ebenfalls berührt: bessere Ausgestaltung unseres Volksschulwesens, Fortbildungsschulzwang, Erweiterung der sozialen Schutzgesetzgebung usw.

Ja, wir stellen nicht nur Forderungen, sondern wir leisten praktische Arbeit, indem wir durch die gemeinsame Erziehung der Jungen und Mädchen in der proletarischen Jugendbewegung das allgemeine und berufliche Interesse der Mädchen zu heben versuchen.

So standen wir zu dieser Frage.

Andererseits die breiten Massen des Bürgertums. Für sie war der Krieg, dieser furchtbare Krieg, notwendig, um ihnen den hohen Wert der Organisation zu zeigen. Und diesem blutigen Lehrmeister folgend, sehen sie denn auch in erster Linie die militärische Organisation als vorbildlich an. Dadurch wurde die Idee des weiblichen Dienstjahres populär. Alles, was bisher aus bürgerlichen Kreisen zu diesem Thema geschrieben worden ist, lehnt sich stark an das militärische Prinzip an.

Ueber die Notwendigkeit der besseren sozialen Bildung der Mädchen sind sich Bürgertum und organisierte Arbeiterklasse, sozialistische und bürgerliche Frauen einig; es handelt sich jetzt darum: Welche Wege sind zu beschreiten und wie können wir am besten zum Ziele.

Die Aufgabe der sozialistischen Frauen kann jetzt nicht sein, beiseite zu stehen, gegen den Gedanken des weiblichen Dienstjahres zu protestieren und ihn einfach für absurd zu erklären. Es könnten dann Dinge geschehen, die wir nicht wollen. Wir müssen daran mitarbeiten, eine bessere Erziehung der Mädchen zu ermöglichen und Auswüchse verhüten, die sich bei der Neugestaltung der Erziehungsformen ergeben.

Gegen das weibliche Dienstjahr spricht vor allem sein militärischer Charakter. In der Arbeiterklasse, also bei der Mehrzahl der Volksgenossen, würde dieses System auf inneren Widerstand stoßen, und dadurch wäre der erzieherische Erfolg, der doch gerade erreicht werden soll, sehr in Frage gestellt. Auch sonst sind vom erzieherischen Standpunkte schwere Bedenken gegen die Form des „Dienstjahres“ da.

Das Mädchen, also die spätere Frau, soll zu einem anderen Verständnis des Verhältnisses der Einzelperson zur Gesamtheit kommen. Ihr Pflichtbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit soll vertieft werden, das ist der Zweck der Sache. Kann das nun in einem einzigen Jahre erreicht werden? Nein! Auch nicht in zwei Jahren, auch nicht durch jährliche

bestimmte Übungszeiten, die sich an die Dienstzeit anschließen sollen. Dazu gehört die ganze Kindheit. Wir können dieses Bewußtsein nicht mit einem Male auf den jungen Menschengeist pflanzen, sondern wir müssen es von der Wurzel an mitwachsen lassen, wenn es mit dem jungen Menschenkinde verwachsen sein soll. Das ist m. E. nur möglich, wenn die ganze Volksschule in ihrem Lehrplan sowohl wie in ihrem ganzen Wesen den Forderungen der Zeit angepaßt sein wird und die Schulzeit um ein Jahr hinausgesetzt wird. Wie eine Volksschule, die dieses Ziel erreichen kann, aussehen müßte, brauche ich hier nicht näher auseinanderzusetzen. Darüber ist reichliches Material aus berufenen Federn da. *)

Ein gutes praktisches Beispiel zeigt uns Direktor Blas in dem „Erziehungsheim am Urban“ in Zehlendorf-Berlin.

Neben der Umgestaltung der Volksschule wäre eine Umgestaltung des Fortwezens notwendig. Schon vor dem Kriege waren in Deutschland Hunderttausende von vor- und nachschulpflichtigen Kindern vorhanden, die infolge der Erwerbsarbeit der Mütter ohne Erziehung aufwachsen mußten. Welche Erfolge sich daraus zum Schaden der Allgemeinheit ergeben, erhellt u. a. aus den Berichten der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“. Nach diesem Kriege werden aber noch unzählige Mütter, welche bisher in der glücklichen Lage waren, im Hause bleiben und ihre Kinder erziehen zu können, sich der Erwerbsarbeit widmen müssen. Haben die vorhandenen Orte schon vor dem Kriege nicht annähernd ausgereicht, so ist während des Krieges dieser Mangel grell zutage getreten, und nach dem Kriege wird das aus oben angeführtem Grunde noch mehr der Fall sein.

Hier muß die Gesetzgebung schnellstens eingreifen. Neben der Volksschule muß auf derselben Basis wie diese der Fort geschaffen werden. Es geht nicht an, daß, wie bisher, die Orte auf die private Wohltätigkeit angewiesen, bestenfalls den Kommunen überlassen bleiben. Und der Gedanke, daß somit eine alle sozialistische Forderung erfüllt würde, darf nicht zum Widerstand aufstacheln. Von welcher Seite Anregungen kommen, ist gleichgültig; entscheidend ist, ob sie zum Vorteil für die Allgemeinheit sind. In diesen staatlichen Kinderhorten wäre nun für die heranwachsenden Mädchen das Feld für die praktische Betätigung gegeben und hier würde sich zeigen, für welche Seite der sozialen Hilfsarbeit dieselben besonders befähigt sind.

Wenn ich also gegen das geplante Dienstjahr im Allgemeinen Stellung nehme, weil es m. E. seinen erzieherischen Zweck nicht erfüllen kann, so möchte ich mich gegen einen Vorschlag von Elise Lüders („Soziale Praxis“ Nr. 38: „Die Dienstpflicht der Frau“) über die Kostendeckung besonders wenden. Es heißt da: „Ein Teil der Kosten könnte allerdings dadurch gedeckt werden, daß je nach der Steuerstufe der Eltern für den Unterricht und den Aufenthalt in den Anstalten gezahlt werden muß. Bis zu einer bestimmten Steuerstufe müßte das Dienstjahr unentgeltlich sein, dann steige die Zahlspflicht entsprechend der Steuerstufe etwa bis zur Höhe von 3600 Mk. jährlich.“

Damit würde man für die Mädchen schaffen, was für die Knaben das Einjährigen-Privileg ist.

Die Ungerechtigkeit des Einjährigen-Privilegs liegt aber nicht nur auf militärischem Gebiete, sondern vor allen Dingen auf dem des wirtschaftlichen Vorwärtkommens. Dem 16jährigen Jungen mit dem Einjährigen-Zeugnis steht eine andere Entwicklungsmöglichkeit offen wie dem vielleicht weit befähigteren Kollegen, der das Zeugnis infolge der wirtschaftlichen Lage der Eltern nicht besitzt. Schon durch „Volksschule und „Höhere“ Schule ist heute die freie Entwicklung in vielen Berufen auch bei den Mädchen außerordentlich erschwert. Im Interesse der Allgemeinheit, aus Gründen der Gerechtigkeit verlangen wir die Einheitschule. Wollen nun die bürgerlichen Frauen anstatt vorwärts auf diesem Wege einen Schritt zurückgeben? Nichts anderes aber bedeutet

*) H. a. Heinrich Schulz: Sozialdemokratie und Schule. Otto Nühler: Arbeit und Erziehung.

praktisch der an sich gewiß gut gemeinte Vorschlag der Kostendeckung nach der Steuerstufe der Eltern.

Wenn man eine bessere soziale Erziehung der Mädchen will, muß man sich freimachen von dem militärischen Vorbild. Mit der Parole: „Etwas mehr Potsdam“ kann man auf diesem Gebiete auf Irrwege geraten. Nicht gezwungen, sondern erzo-gen werden sollen die Mädchen dazu, ihre Pflichten gegen die Allgemeinheit besser zu verstehen und besser zu erfüllen wie bisher.

Clara Bohm-Schuch.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, den 12. Juli 1915.

Das unauffällige Vordringen der deutsch-österreichischen Truppen seit Anfang Mai hat nur in Südpolen bei Kraśnik härteren russischen Widerstand gefunden. Es handelt sich um die Vorstellung der Weichselstellungen Zwangorod und Warschau, da müssen die Russen alle Kräfte einsetzen, um eine entscheidende Niederlage zu verhindern. Ob die russischen Armeen unter Nachhülfskämpfen auf die wohlvorbereitete Fluglinie mit Brest-Litowsk zurück müssen, wird sich bald zeigen. Jedenfalls ist diese Auffassung in England („Times“) und Rußland viel verbreitet von militärischen Kreisen. Selbst ein weiterer russischer Rückzug wird in der „Komoje Wremja“ angekündigt und die Bevölkerung ermahnt, alle Güter usw. zu vernichten, damit sie nicht in die Hände der deutschen „Barbaren“ fallen. — Im Westen scheinen sich neue stärkere Kämpfe vorzubereiten. — Unterdessen ruht die Diplomatie nicht. Die deutsche Antwortnote an Amerika vom 9. Juli sucht in verbindlicher Form Vermittlungsvorschläge, um den Amerikanern die Passagierfahrt nach England ungefährlich zu machen, ohne den Unterseebootkrieg in seiner Wirksamkeit zu hemmen. — Auf dem Balkan wird jetzt Bulgarien besonders heftig umworben von beiden Mächtegruppen. (Weider auch von Serbien.) Möge es, wie auch Rumänien und Griechenland, auch weiterhin die Kraft haben, sich dem furchtbaren Kriegesverderben zu entziehen! Nachfolgend Einzelvorgänge:

4. Juli. Bei Ptern und Souchez französische Vorstöße abgewiesen. — Im Priesterwalde (Croix des Carmes) wird französische Stellung erstürmt. 1000 Gefangene (darunter Bataillonsstab), 3 Feldgeschütze, 7 Maschinengewehre, ein Pioneerpark usw. — In Ostgalizien erreicht die Armee v. Linzinger die Hlota-Lipa (Fluß). Nördlich am Bug wird Krnlow erreicht, das vorher von den Russen niedergebrannt wurde. — Bei Kraśnik (Südpolen) wird russische Kampffront mehrfach durchbrochen. 20 Offiziere, 8000 Mann gefangen, 6 Geschütze, 6 Munitionswagen, 6 Maschinengewehre erbeutet. — Pestige italienische Angriffe an der Sonzofront scheitern. — Englisches Flugzeugangriff in der Nordsee wird durch Zepeline und deutsche Flugzeuge abgewiesen. — An den Dardanellen versenkt deutsches U-Boot französisches Truppen-transportschiff. — 5. Juli. Im Osten wird der stark befestigte Wald-Biale-Plots gestürmt. 800 Russen gefangen; 7 Maschinengewehre. — Die Weite bei Kraśnik erhob sich um 12 Offiziere, 3500 Mann, 11 Maschinengewehre (insgesamt 41 Offiziere, 11500 Mann, 17 Maschinengewehre). — Am Sonzoc entwickelt sich eine große Schlacht mit 4 italienischen Corps (zirca 150 000 Mann!). Die Italiener werden vollständig zurückgeschlagen und erleiden furchtbare Verluste. — 6. Juli. An der Westfront lebhafteste Kampfaktivität. Kraśnik wird bestig beschossen und gerät in Brand. — Auf der Verfolgung in Südostgalizien (Hlota-Lipa) vom 3.—5. Juli 3850 Russen gefangen. — 7. Juli. Pestige russische Angriffe östlich der Weichsel werden blutig abge schlagen. — Nördlich Kraśnik werden die deutsch-österreichischen Truppen vor überlegenen russischen Kräften zurückgenommen. — Italienischer Panzerkreuzer „Amalfi“ durch österreichisches Unterseeboot torpediert und gesunken. Von zirca 60 Mann Besatzung sind 500 gerettet. — 8. Juli. Im Westen bestige Teilgeschäfte bei Souchez und im Priesterwalde. 200 Gefangene. Höhe Van de Sapt müßte wieder aufgegeben werden. — In Rußisch-Polen, nördlich Kraśnik, bestige russische Angriffe zurückgeschlagen. — Deutsche Antwortnote („Lusitania“) an Amerika wird überreicht und bekanntgegeben. — In Südwestafrika hat die deutsche Streitmacht (ca. 3500) kapitulieren müssen. — 9. Juli. In den Kämpfen zwischen Waa und Wosel sind seit 4. Juli 1798 Franzosen gefangen, 3 Geschütze, 12 Maschinengewehre, 14 Minenwerfer erbeutet. — Im Osten bei Lwow eine russische Angriff zurückgeschlagen. — In Arabien haben englische Truppen schwere Niederlage erlitten. — 10. Juli. Im Westen macht sich erhobte Kampfaktivität auf beiden Seiten bemerkbar. — Im Osten und Südosten ruht der Kampf fast völlig.

• Aus den Stadtparlamenten •

Kriegs-Teuerungszulage.

Nachen. Für geringbezahlte Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt wurde eine Teuerungszulage bewilligt. Arbeiter bekommen täglich 20 Pf. und für jedes Kind unter 15 Jahren 5 Pf. mehr, Beamte und Angestellte mit weniger als 2000 Mk. Jahres-einkommen einen monatlichen Zuschuß von 15 Mk.

Berlin-Friedrichsfelde. Auf Antrag der Ortsverwaltung Groß-Berlin beschloß der Gaswerks-Ausschuß für das Personal der Gasanstalt eine Teuerungszulage. Sie beträgt für Personal mit Kindern unter 15 Jahren 10 Mk., ohne Kinder 5 Mk. im Monat.

Bremen. Den städtischen Arbeitern ging auf die Eingabe an den Rat um Gewährung einer Teuerungszulage folgende Antwort zu: „Es soll eine Teuerungszulage an die Staatsarbeiter gewährt werden, und zwar nicht nur an bedürftige Arbeiter. Die oberste Grenze soll ein jährlicher Lohn von 1800 Mk., und zwar einschließlich der Umerziehung, bilden. Um die Zulage als Kriegsteuerungszulage zu kennzeichnen, soll sie nicht von dem einzelnen Deputierten usw., sondern von der Kriegsdeputation gezahlt werden. Die Sätze sollen sein: Für eine Familie ohne Kinder 1,50 Mk. für die Woche und für jedes Kind, das das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und noch nicht selbst verdient, für die Woche 50 Pf. mehr. Ledige und alleinlebende Arbeiter, die nicht nachweislich einer Unterernährungspflicht für Familienangehörige genügen, sollen keine Teuerungszulage erhalten. Solche Arbeiter, die nachweislich Familienangehörige unterhalten, sollen wie Ehepaare ohne Kinder behandelt werden. Nützlichende Kraft soll die Zulage nicht erhalten, sondern beginnen mit der Lohnwoche, in die der 1. Juli fällt. Die Zulage soll zunächst bis Ende September d. J. gewährt werden.“

Barmstadt. Die Stadtverordnetenversammlung erörterte das Gesuch um Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter. Der Referent, Stadtv. Dr. Koll, berichtete: Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat in einer Eingabe gebeten, die Löhne der sämtlichen städtischen Arbeiter um 30 Pf. für den Tag zu erhöhen und das Gesuch durch den Hinweis auf die eingetretene Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel begründet. In mehreren Besprechungen der Oberbürgermeister der heimischen Städte wurde das in gleicher oder ähnlicher Weise auch bei den anderen Stadtverwaltungen vorgebrachte Gesuch eingehend beraten, um eine möglichst gleichmäßige Beschlußfassung der heimischen Städte zu erreichen. Man kam übereinstimmend zu dem Resultate, eine Erhöhung der Löhne nicht zu befürworten, einmal mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit seit der letzten Lohnregelung und sodann im Hinblick auf die Privatindustrie. Tagesgen wurde empfohlen, den Teuerungsverhältnissen durch eine Erhöhung der Familienzulagen gerecht zu werden. Dementsprechend hat die Stadtverwaltung beantragt, die Familienzulagen, die seither bestragen haben: in Klasse I (ledige Arbeiter und verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 16 Jahren) monatlich 4 Mk., in Klasse II (verheiratete Arbeiter mit 1—3 Kindern unter 16 Jahren) monatlich 6 Mk., in Klasse III (verheiratete Arbeiter mit 4 und mehr Kindern unter 16 Jahren) monatlich 10 Mk., zu erhöhen um monatlich in Klasse I 4,50 Mk., in Klasse II 9 Mk., in Klasse III 13,50 Mk. Diese Erhöhung entspricht einer Einkommensverbesserung von 15 Pf., 30 Pf. und 45 Pf. für den Tag in den drei Klassen. Die beantragte Erhöhung der Familienzulagen bringt den städtischen Arbeitern eine Einkommensverbesserung, die für das Jahr beträgt: 1. für ledige und verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 16 Jahren 54 Mk., 2. für verheiratete Arbeiter mit 1 bis 3 Kindern unter 16 Jahren 108 Mk., 3. für verheiratete Arbeiter mit 4 und mehr Kindern unter 16 Jahren 162 Mk. Der gesamte Mehraufwand für die zurzeit im Dienst befindlichen Arbeiter berechnet sich auf 30 000 Mk. im Jahr, welche Summe sich um 10 000 Mk., also auf 40 000 Mk. erhöht, wenn auch die zurzeit im Felde stehenden Arbeiter durch entsprechende Erhöhung der Familienunterstützung berücksichtigt werden. Nach kurzer Diskussion erfolgte die Abstimmung und einstimmige Annahme der Vorlage.

Treßen. Die Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter und Beamten wurde in der Sitzung der Stadtverordneten am 1. Juli nochmals behandelt. Danach wird vom 1. Juli an gewährt: Unverheirateten und verheirateten Kinderlosen bei einem Lohn bis 1200 Mk. 6 Mk. für die 14tägige Lohnperiode oder 12 Mk. monatlich, über 1200 Mk. bis 1400 Mk. 4,50 Mk. für die 14tägige Lohnperiode oder 9 Mk. monatlich, über 1400 Mk. bis 1600 Mk. 3 Mk. für die 14tägige Lohnperiode oder 6 Mk. monatlich. Verheiratete mit Kindern unter 16 Jahren bei Nichtbeamten und unter 15 Jahren bei Beamten bei einem Lohnneinkommen bis 1200 Mk. 15 Mk. monatlich, von 1200 Mk. bis 1400 Mk. 12 Mk. monatlich, über 1400 Mk. bis 1600 Mk. 9 Mk. monatlich, über 1600 bis 1800 Mk. 6 Mk. monatlich. Lohn und Gehaltseinkommen sind nach dem Stande am 1. Juli zugrunde zu legen. Ebenso der Familienstand. Bei der Feststellung sollten nach dem Beschluß am 3. Juni Zuschläge aller Art, Mietzuschuß und Ueberstunden nicht in Anrechnung gebracht werden. Dieser Beschluß ist in der Weise ausgelegt worden, daß die Funktionszulagen, wenn sie dauernd ge-

währt werden, angerechnet worden sind. Mit dem Wortlaut des Beschlusses ist das nicht klar zu vereinbaren. So ist unter den betroffenen Arbeitern eine begriffliche Unzufriedenheit entstanden. Der Arbeiterschuß wird noch einmal vorstellig werden. Auch in der Urlaubsfrage herrschen verschiedene Auffassungen. So wurde versucht, nur den Arbeitern Ferien zu gewähren, die im vorigen Jahre keine erhalten haben. Diese Frage ist nun geklärt, aber schon wieder tauchen andere Schwierigkeiten auf. Bei den Laternenwärttern werden keine Zuschüsse gestellt und darüber ist natürlich mit Recht wieder Unzufriedenheit.

Freiburg. Nach langem Hängen und Würgen ist hier die von unserer Filiale beantragte Teuerungszulage erledigt worden. Es erhalten nur die ständigen Arbeiter Kinderzulagen von 3 bis 10 Mk. pro Monat. Unständige, Ledige, Kinderlose erhalten überhaupt nichts, auch die Kinder der Unständigen brauchen, so denkt der Stadtrat, nichts. Es ist das die schlechteste Regelung von allen größeren, mittleren und kleineren Städten von Baden und den angrenzenden Ländern. Trotzdem Freiburg, die Preisgauperle, als reiche Stadt gilt und sich rühmt, mit den niederten Umlagefuß von den badischen Städten zu haben, läßt sich der Freiburger Stadtrat von den kleinen badischen Städten Kilstatt, Emmendingen, Vörsach, Billingen, Mönsthanz, Ettlingen an sozialer Einsicht bescheiden. Es bedurfte seinerzeit eines so starken Geistes, wie es der verstorbene Oberbürgermeister Dr. Winterer war, um dem Stadtrat ab und zu einen kleinen Fortschritt abzurufen.

Gotha. Wie schon in Nr. 20 der „Gewerkschaft“ berichtet, bewilligte die Stadtverwaltung auf Antrag der städtischen Arbeiter eine Teuerungszulage, die aber sehr gering war. Die Verwaltung hat nun doch vom 3. Juni rückwirkend höhere Sätze zur Auszahlung bestimmt. So werden jetzt gezahlt an Verheiratete 3,00 Mk. und für jedes Kind 75 Pf. pro Woche.

Heidelberg. Die Stadt hat in Folge eines diesbezüglichen Antrages unserer Filiale folgende Zulagen beschlossen: Arbeiter bis zu 4,50 Mk. Lohn einschließlich erhalten täglich 20 Pf. Allen Arbeitern, auch vorstehenden, werden neben dem Lohn Kinderzulagen gewährt, und zwar für ein Kind 3 Mk., für zwei Kinder 6 Mk., für drei Kinder 8 Mk., für vier Kinder und mehr 10 Mk. monatlich. Den städtischen Beamten, welche nicht mehr wie 1800 Mark Gehalt jährlich beziehen, werden 5 Mk. monatlich gewährt, außerdem auch die für die Arbeiter beschlossenen Kinderzulagen. Der Beschluß wurde am 1. Juli gefaßt.

Lehe. Das Gemeindefollegium hat beschlossen, dem Gesuch der städtischen Arbeiter um Bewilligung einer Teuerungszulage zu entsprechen. Für Familien mit drei Kindern wird eine solche von 10 Mk. monatlich gewährt, für jedes weitere Kind 2 Mk. mehr.

Plauen (Vogtland). Die Eingabe unseres Verbandes wegen Gewährung einer Teuerungszulage beschäftigte die Stadtverordneten erneut in ihrer letzten Sitzung, nachdem eine frühere Sitzung die Eingabe dem Finanzausschuß überwiesen hatte. In Uebereinstimmung mit dem Räte beantragte der Finanzausschuß Ablehnung der Eingabe, bei der Finanzlage der Stadt sei das Gesuch nicht zu erfüllen. Die Kosten waren auf etwa 20 000 Mk. jährlich geschätzt worden. Obgleich sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten redlich Mühe gaben und sogar auch von bürgerlicher Seite die mißliche Lage der Arbeiter anerkannt wurde, aber man fürchtete die Konsequenzen — es könnten dann auch andere Arbeiter mit Forderungen kommen! — und so stimmte man der Ablehnung zu. Es soll aber nochmals eine zweite Lesung der Eingabe stattfinden, was hoffentlich nicht allzulange dauert.

Weinheim. Die Stadtverwaltung gewährt den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage, und zwar für verheiratete männliche Arbeiter 2,50 Mk. und für ledige 1,50 Mk. für eine Woche.

Zabern. Ende Juni hat der Gemeinderat beschlossen, angesichts der Teuerung die Löhne der städtischen Arbeiter um 10 Proz. zu erhöhen.

Erholungsurlaub.

Chemnitz. Auf Antrag der Arbeiterschuße hat der Rat beschlossen, den städtischen Arbeitern Sommerurlaub zu gewähren, allerdings nur die Hälfte des sonst gewährten Urlaubs. Auch soll der Betrieb keineswegs leiden, so daß es bei Schichtarbeitern vorzukommen kann, daß sie ihren Urlaub nicht auf einmal, sondern geteilt nehmen müssen.

Treßen. Wie schon in Nr. 26 der „Gew.“ berichtet, war in einer Beratung den Arbeiterschußen zugesichert worden, daß auch in diesem Jahre nach Möglichkeit Urlaub gewährt werden solle. Jetzt nun ist vom Personalamte allen beteiligten städtischen Geschäftsstellen durch Rundschreiben mitgeteilt worden, daß, soweit es die Arbeitsverhältnisse gestatten, Urlaub bis zu höchstens drei Tagen gewährt werden soll. In bezug auf den Zeitpunkt des Urlaubsantritts sollen allein die dienstlichen Verhältnisse maßgebend sein.

Gera. Auch hier hatte der Arbeiterschuß ersucht, in diesem Jahre Sommerurlaub zu gewähren. Der Stadtrat ist dem Verlangen nachgekommen. Urlaub wird bis zur Dauer von fünf Tagen gewährt.

♦ Aus den Gemeinden ♦

Eine Gemeinde, die gegen die Gewerbeordnung verstößt. Das Fehlen der Sondergerichte in manchen Gemeinden ist ein großer Mangel, der jetzt gelegentlich eines vor dem Berliner Landgericht II ausgefochtenen Rechtsstreits wieder einmal kraß zutage trat. Ein Schlosser B. klagte gegen die zum Amtsbezirk Tempelhof gehörende Gemeinde M. auf Schadenersatz wegen Nichtausweiskens einer Arbeitsbescheinigung beim Abgang. Der Schlosser behauptete, eine bestimmte Gesellschaft wollte ihn einstellen, wenn er die Arbeitsbescheinigung beibrächte. Trotz wiederholter Monition erhielt er aber die Bescheinigung nicht und blieb deshalb arbeitslos. Das Amtsgericht hob den Kläger den Eid darüber ab, daß man in der Fabrik seine Einstellung von der Vorbringung der Arbeitsbescheinigung abhängig gemacht habe. Im Falle der Eidesleistung wäre die Gemeinde zum Schadenersatz verurteilt worden. Das Berliner Landgericht II wies indes den Schlosser ab. Die Gemeinde hatte eingewandt, die Ausstellung einer solchen Urkunde gebe bei einer Behörde nicht von heute auf morgen. Die Auffassung hält auch das Verfassungsgericht für falsch. Die Ansicht der Gemeinde könne, so heißt es in der Begründung, weder mit dem Wortlaut des § 60 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezüglich des § 113 der Gewerbeordnung, noch mit dem Zweck dieser Vorschrift vereinbart werden. Der Arbeiter hat bei Beendigung des Dienstverhältnisses oder beim Abgang eine Arbeitsbescheinigung zu fordern. Der Zweck der Vorschrift sei, dem Gewerbetreibenden die sofortige Erlangung einer anderen Beschäftigung zu ermöglichen. Trotzdem sei die Klage abzuweisen, weil es an dem Nachweis des Schadens fehle. Zu diesem sich mit der Rechtsprechung der Gewerbegerichte in Widerspruch setzenden Urteil sagte das amtliche Organ der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte: „Die Richter haben gewiß nach bestem Wissen gehandelt, aber ihre Auffassung der Dinge deckt sich nicht mit den Anschauungen der Volkstresse. Ein Gewerbegericht hätte ein solches Urteil nicht gefällt. Der Rechtsstreit, der länger als ein Jahr währte, hätte dem Gewerbegericht wenige Wochen gedauert. Die Mängel erreichen fast die Höhe des ganzen Objekts, wenn Gewerbegericht hätte es noch nicht den zwanzigsten Teil gelöst. Die Errichtung von Gewerbegerichten für alle Gemeinden tut dringend not.“ — Das ist auch unsere Meinung!

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Berlin. (Marktballen.) Der Burgfrieden, wie er von dem Hirsch-Dunderbergen Gewerbeverein der Gemeindegewerkschaften aufgesetzt wird, ist eine ganz eigentümliche Sache. In seinem Organ, dem „Correspondenzblatt“, vom 1. Juni wird in einem Bericht aus dem hirschischen Marktballen zu Berlin die Wahrheit auf den Kopf gestellt, um unseren Verbandskollegen, wahrscheinlich unter Wahrung des Burgfriedens, etwas am Zeuge hängen zu können. Man behauptet indirekt, die Verwaltung der Marktballen könnte (und würde) wohl den erbetenen Achtundzwanzig für die Fabrikführer einführen. „Da sie sich jedoch hinter dem Arbeiterausschuß mit der neunstündigen Arbeitszeit verschützen kann, wird aus der ganzen Sache nichts, und die Fabrikführer müssen weiter ihren eifstündigen angelegenen Dienst verrichten.“ Wenn die Fabrikführer trotz ihrer Organisation und ihrer jahrelang domizierenden Stellung heute noch eif Stunden arbeiten müssen und ihre Kollegen Meinungsgewerkschafter nur neun, so haben sie sich das selbst zu verdanken. Ihre Sonderbindnisse ist hieran schuld. Wenn der Arbeiterausschuß nun aber für die Fabrikführer eine zweiseitige Verkürzung der Arbeitszeit beantragt hätte, so war das schon anerkennen. Wenn aber die guten Leute den vom Arbeiterausschuß ausgearbeiteten Dienstplan sich richtig angesehen und auch ebenso richtig abgeschrieben hätten, würden sie zu ihrem Erlaunen entbedt haben, daß der Arbeiterausschuß eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit verlangt hat. Die gegenteiligen Behauptungen und Schlussfolgerungen sind also unwahr. Warum träuben sich denn nun die Hirsch-Dunderbergen Fabrikführer gegen die von uns beantragte 8 1/2 stündige Arbeitszeit? Darüber gibt die Antwort der Direktion auf oben erwähnten Antrag die beste Auskunft. Dieselbe schrieb unter dem 19. November 1914: Der Antrag entspricht nicht den Wünschen der Mehrzahl (?) der Fabrikführer. Diese weisen mit Recht darauf hin, daß sie zum Teil (wieviel?) schon vor 2 Uhr sich auf den Weg machen müssen, um ihren Dienst um 3 Uhr früh antreten zu können“. Weil zwei oder drei Fabrikführern der frühe Dienstantritt nicht paßte, war nach der Mitteilung der Direktion die Mehrzahl derselben dafür — die alle eifstündige Dienstzeit beizubehalten und auf die beantragte 8 1/2 stündige Arbeitszeit zu verzichten. Oben hinauf geht es nimmer. Dann aber hinterher unseren organisierten Kollegen im Ausschuss die Schuld in die Schuhe schieben zu wollen, ist doch etwas zu tolle Sache. Der Wunsch der Fabrikführer nach Lohnverböhung scheint nach deren Anschauung für die Meinungsgewerkschafter etwas Ueberflüssiges zu sein. Die Begründung für ihren eigenen Wunsch ist aber zu löstlich: Weil vor beinahe zehn Jahren zwei Arbeiter die Hand-

werksarbeiten verrichteten, auch hierfür als Handwerker entlohnt werden, damit hat die Verwaltung bewiesen, daß der Wunsch der Fabrikführer sich sehr wohl in die Wirklichkeit umsetzen läßt. Durchgreifende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in bezug auf Arbeitszeit, Lohn usw. erstreben die organisierten Kollegen für alle Gruppen städtischer Arbeiter und Handwerker. Auch in der Kriegszeit war unser Streben von Erfolg gekrönt. Die Hirsch-Dunderbergen Fabrikführer waren wie die Unorganisierten nur Kuhweiser. Sie ernten nur, wo andere arbeiten und säen.

Karlruhe. Die Wohnung des 1. Vorsitzenden Aug. Karcher ist ab 1. Juli Werderstr. 94, IV.

Mainz. Wie schon berichtet, hatte das Stadtparlament unsere erste Eingabe betr. einer Kriegsunterstützungszulage am 27. März, trotz Anerkennung der Notlage, abgelehnt. Darauf reichten wir der Stadtratsitzung vom 12. Mai erneut eine Eingabe für eine Unterstützung während der Kriegszeit ein. Dieser überwies die Eingabe der zuständigen Deputation. Um nur die Bürgermeisterei und die Stadtverordneten von der Notwendigkeit zu überzeugen und gleichzeitig eine dringliche Verkleinerung der Vorlage zu erleichtern, ließen wir sämtliche Stadtverordneten die Eingabe nebst Uebersichtstafel der früheren und jetzigen Preise der notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel sowie eine Tabelle, welche die Höhe und Einteilung der bewilligten Stadtgemeinden veranschaulicht, zugehen. Leider sind wir, wie schon so oft, auch diesmal wieder enttäuscht worden. Als die Stadtratsitzung am 27. März die Unterstützung der Kriegsteilnehmerangehörigen um 20 Proz. erhöhte, sollte sie nach Angabe des Oberbürgermeisters nur für April und Mai gelten, da er ab Juni ein Sinken der Lebensmittelpreise voraussetzte. Trotzdem hat man für Juni diese Unterstützung weiter bewilligen müssen. Auch die am 23. Juni stattgefundene Sitzung des städtischen Parlaments mußte sie für die Folge weiter in Anrechnung bringen. Hier nun mußte unser Herr Ober unumwunden zugeben, daß die Preise noch weiter gestiegen seien, ohne Hoffnung auf baldige bessere Verhältnisse. Und doch hat man die Gelegenheit vorbeigehen lassen, ohne die von seiten der städtischen Arbeiter so sehnsüchtig erwartete Teuerungszulage zur Erledigung zu bringen. Allgemein macht sich eine tiefe Erbitterung unter den Kollegen gegenüber dieser Schlenkerradikalpolitik bemerkbar. Bedenkt man, daß der Durchschnittslohn noch unter dem ortsüblichen Tageslohn steht, so wird man bei den heutigen unerwünschten Preisen die Nichtstimmung der Kollegen wohl begrifflich finden. Möge darum das Stadtparlament dafür Sorge tragen, daß die Eingabe in baldiger zufriedensstellender Weise ihre Erledigung zugunsten der Arbeiter finden möge. Aber auch an die Kollegen ergeht die Mahnung, mehr wie bisher sich um die Organisation zu kümmern und mitzusehen, bis der letzte Kollege gewonnen und zum Mitstreiter unserer Sache geworden ist. Denn wir haben wahrlich Ursache genug, alle Kräfte einzusetzen, um den kommenden Zeiten gerüstet gegenüberstehen zu können.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Der Bildhauerverband 1914. Zu Beginn des Jahres 1914 belief sich die Mitgliederzahl auf 3606, am Ende des 9. Kriegsmonats auf 1674. Zum Kriegs- und Deeresdienst eingezogen wurden 1431 Mitglieder, davon 688 verheiratet. Die Zahl der Bewaltungsstellen ist von 93 bei Kriegsausbruch auf 67 Ende April d. J. zurückgegangen. Die Gesamteinkommeneinnahme 1914 betrug 181 782 Mark, die Ausgabe 278 602 Mk., der Vermögensstand in der Zentralkasse und in den Lokalkassen 103 660 Mk. gegen 199 880 Mk. Ende 1913. Die höchste Ausgabe verursachte die Arbeitslosenunterstützung am Orte und auf der Reise mit 104 945 Mk., für Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen ohne Streik wurden 78 388 Mark verausgabt. Sofort nach Ausbruch des Krieges wurde die Kranken- und Sterbeunterstützung sistiert, die Bezugdauer bei der Arbeitslosenunterstützung um 14 Tage gekürzt. Trotzdem stieg die Ausgabe für Arbeitslose in den ersten beiden Kriegsmonaten allein aus der Zentralkasse auf 36 882 Mk. gegen 11 613 Mark im ganzen dritten Quartal 1913 und 6969 Mk. im ganzen dritten Quartal 1912. Insgesamt wurden seit Kriegsausbruch bis Ende des ersten Quartals d. J. für Arbeitslose verausgabt 71 453 Mk., davon 11 597 Mk. extra für Ausgesteuerte, außerdem aus den Lokalkassen 7777 Mk. für ausgesperrte Arbeitslose und Angehörige von Eingezogenen. Die Arbeitslosigkeit ist von 50,7 Prozent der nichteingezogenen Mitglieder) nach Kriegsausbruch auf 10,2 Proz. Ende April zurückgegangen, aber nur, weil die größte Zahl der Arbeitslosen sich bietende Arbeit in anderen Gewerben annahm. Es arbeiten zurzeit außerberuflich, überwiegend auf Kriegsbedarf, 882 gegen 600, die im Verufe beschäftigt sind; arbeitslos sind 171 in ganz Deutschland. Das Kunstgewerbe liegt noch immer gänzlich darnieder, die wenigen öffentlichen Bauten, deren Fertigstellung zugesagt wurde, benötigen nur eine sehr geringe Anzahl Bildhauer. Anfang Mai ist die Kranken- und Sterbeunterstützung wieder in Kraft gesetzt worden mit der einzigen Einschränkung, daß die Bezugdauer bei der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bis auf weiteres noch verkürzt bleibt: statt bis zu 42, 56 und 70 Tagen bis zu 28, 42 und 56 Tagen, je nach

der Leiter der Metallindustrie. Durch Entbehrung wurden durch den Ausbruch der Krise 1914/15 aufgebracht, seit Anfang Mai werden Entbehrungen nicht mehr erhoben, der normale Beitrag beträgt 85 bzw. 60 Pf. pro Woch.

Der Zentralverband der Kleider in der Kriegszeit. Der Verband hatte am Anfang des zweiten Quartals 1914/15 6914 Mitglieder eingeschrieben. In das Durchschnittsalter der Mitglieder, wie überhaupt aller in Kleiderarbeit Beschäftigten das 30. Lebensjahr nicht übersteigt, die Verfassungskörpern auch fast alle kräftige Personen sind, so war voranzusetzen, daß die Zahl der zum Kriegsdienst Verpflichteten eine überaus große sein würde. Arbeitslosigkeit hatte sich im Kleidergewerbe nicht gezeigt, im Gegenteil, es war großer Mangel an Arbeitsträften, weil die Wirtinnen und die Kleiderfabrikanten große Aufträge an Lieferungen von der Seeversverwaltung, den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, sowie von Privatunternehmungen erhielten. Diejenigen geringen Verlusten, die durch die großen Kunden im Mitgliederkreis wieder eingemacht werden konnten, die durch die Umberleitung vermindert wurden. Erst, nachdem diese Aufträge größtenteils erledigt sind, wird aus den Zweigvereinen auch wieder Klage über Arbeitsmangel geführt. Viele Kleidergefellen, die seit Jahren jetzt wieder Gelegenheiten belamen, im erlernten Berufe tätig zu sein, haben der Berufsarbeit nun wieder den Rücken gekehrt und sich andere Beschäftigungen suchen müssen. Sie sind den Kleidermeistern und Wirtinnenarten wieder „zu alt“, zumal ja wie alljährlich um diese Zeit recht viele Ausgelernte für weit geringeren Lohn zu haben sind. Die Aufnahme der ersten Statistik (Ende September 1914) ergab, daß 3634 = 51,5 Proz. der männlichen Mitglieder eingezogen waren. Nach der 2. Statistik (30. Okt. 1914) war diese Zahl auf 4007 = 55,2 Proz. gestiegen. Wie die Statistik vom 30. Januar 1915 ergab, war die Zahl der Eingezogenen auf 4690 = 70,5 Proz. gestiegen; und die Statistik vom 30. April 1915 weist sogar 5573 = 84 Proz. eingezogene Mitglieder auf. Bis zum 30. April betrug die Zahl der Neuaufnahmen 3541. Von 89 Zweigvereinen bestehen noch 65 mit 246 Mitgliedern, darunter 250 weibliche. 24 Zweigvereine sind aufgehoben, weil alle Mitglieder zum Seeeresdienst mußten. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 946 M., an die Familien der Kriegsteilnehmer 22.904 M. und für sonstige Unterbringungen 611 M., insgesamt 24.421 M. gezahlt. Der Mangel an Arbeitsträften gab Veranlassung, die Unternehmer zur Zahlung höherer Löhne zu bewegen und die Arbeiter zu da, wo sie bisher noch vollständig unangeregt war, in einigermassen gereizte Bahnen zu leiten. In sehr vielen Fällen gelang es der Organisationsleitung, auf friedliche Weise annehmbare Vorteile für die Beschäftigten bei den Unternehmern zu erzielen. Es werden jetzt in den meisten tariflich geregelten Großbetrieben Feuerungszulagen gewährt.

Der Verband der Schneider 1914. Der Verband der Schneider, Schneiderinnen und Schneiderinnen hatte am Anfang des Jahres 1914 39.855 männliche und 8857 weibliche, insgesamt 48.712 Mitglieder und einen Vermögensbestand in der Hauptklasse von 1.118.479 M. Das erste Quartal brachte noch eine Zunahme von 441 Mitgliedern, so daß es den Umständen halber als würde das Jahr 1914 ein normales Entwicklungsjahr gewerkschaftlicher Organisationen werden. Von den 151 Lohnbewegungen, an denen 16.614 männliche und 1318 weibliche Mitglieder beteiligt waren, konnten 129 ohne Arbeitsloseinmischung erledigt werden, und nur 22 führten zu Arbeitsverhinderungen, an denen 1002 männliche und 148 weibliche Mitglieder beteiligt waren. Die erste Wirkung des Krieges war, daß zahlreiche Geschäfte geschlossen wurden und eine große Zahl von Mitgliedern arbeitslos wurde. Im August wurden 8324 und im September 3949 arbeitslose Mitglieder gezählt. Erst als die Umverteilung von Militärarbeit in größerem Umfang einsetzte, ging die Zahl der Arbeitslosen auf ein geringes Maß zurück. Bis zum Jahresabschluss 1914 waren 13.617 Mitglieder zum Seeeresdienst eingezogen. Trotzdem die Arbeitslosenunterstützung im Verband noch nicht eingeführt war, wurden doch aus der Hauptklasse bis zum Jahresabschluss 63.721 M. an Arbeitslose als Notstandsunterstützung ausgezahlt, ferner für die Familien der zum Seeeresdienst eingezogenen Mitglieder 160.583 M. Dazu kamen noch 54.950 M. aus den Lokalkassen, insgesamt also 279.255 M. Die Ausgaben für Reise-, Kranken- und Sterbenunterstützung betrugen 170.939 M., für Lohnbewegungen und Streiks 88.475 M., gegenüber 114.000 M. im Jahre 1913. An Kassenbestand verblieben in der Hauptklasse 1.087.161 M. und in den Lokalkassen 1.341.81 M. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 29.928, davon waren 7007 weibliche Mitglieder. Das erste Quartal 1915 schließt ab mit 21.721 männlichen und 7369 weiblichen Mitgliedern; die Zahl der zum Seeeresdienst eingezogenen männlichen Mitglieder beträgt insgesamt bereits 17.568 oder 87,50 Proz. An Arbeitslosenunterstützung wurden im 1. Quartal aus der Hauptklasse 29.751 M. und aus den Lokalkassen 9794 M. ausgezahlt. Die Ausgaben für Reise-, Kranken- und Sterbenunterstützung betrugen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. J. 17.934 M. Der Vermögensbestand der Hauptklasse betrug 1.168.991 M. Wenn seit Beginn des Krieges auch keine Lohnbewegungen stattfanden, so haben doch erfolgreiche Verhandlungen wegen der Einmischung von Militärarbeit in gewerkschaftliche Angelegenheiten, insbesondere sind die beschiedenen Lohnsatz und Tarifverträge in vollem Umfang erhalten geblieben.

Der Textilarbeiterverband 1911. Mit Ausbruch des Krieges wurde die Arbeitslosigkeit im Gewerbe eine ganz ungeheure (Ende August 28,2 Proz.), so daß sich der Verbandsvorstand vor die Notwendigkeit gestellt sah, das Unternehmungskreis auf eine völlig neue Basis zu stellen. Kranken-, Reise-, Streik- und Gemahregelkostenunterstützung wurden vorläufig aufgehoben, die Arbeitslosenunterstützung auf zwei Drittel und später auf die Hälfte der zehntelständigen Löhne beschränkt. Bei Ausbruch des Krieges war der Verband in einen schweren Kampf mit den organisierten Unternehmern der Niederlande verwickelt. Wegen geringfügiger Lohnforderungen einiger Wäcker waren dort circa 30.000 Textilarbeiter ausgebeirt. Von Verbandsmitgliedern waren 15.319 beteiligt, darunter 9581 Arbeiterinnen. Der Kampf wurde mitten in den Unterhandlungen infolge des Krieges von beiden Seiten resultatlos abgebrochen. In sonstigen Bewegungen waren bis zum Kriegsausbruch 117 erledigt, die sich auf 620 Betriebe mit 26.018 beteiligten Personen erstreckten. Mehr als die Hälfte der Beteiligten, 13.322 waren Arbeiterinnen. Erreicht wurde für 1408 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 24,25 Stunden und für 7505 Personen eine wöchentliche Lohnverhöhung von 12,02 M. Tarifverträge wurden in 8 Fällen für 1152 Personen abgeschlossen. In 35 Fällen waren 3359 Personen an sonstigen Verbesserungen beteiligt. Zu Beginn des Jahres zählte der Verband 138.078 Mitglieder, darunter 54.113 weibliche; am Schluß des Jahres 101.904 Mitglieder, darunter 45.855 weibliche. 18.908 Mitglieder waren am Jahresabschluss zum Seeeresdienst eingezogen, gegenwärtig ist die Differenz auf 26.300 angewachsen. Die Einnahmen betrug im Jahre 1913 2.771.494 M., im Jahre 1914 2.189.621 M. Die Einnahme ist gegen das Vorjahr um 571.873 M. zurückgefallen, während die Ausgabe für Unterbringungen — sehr man die Kosten für Streikunterstützung ab, weil er sich mit dem Vorjahr nicht vergleichen läßt — um 502.057 M. gestiegen ist.

Die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind im Jahre 1914 in ihrem Mitgliederstande von 106.618 auf 77.749 zurückgegangen. Es ist also ein Mitgliederverlust von 28.869 zu verzeichnen. Auch die Zahl der Crisevereine ist geringer geworden. Sie ist von 2142 auf 2004 herabgegangen. Die Einnahmen im Gesamtverbande betragen sich im Berichtsjahre auf 2.545.047,88 M., gegen 2.866.891,58 M. im Jahre 1913. Es sind also 321.844,20 M. weniger eingenommen worden. Die Gesamttausgaben betragen sich auf 2.763.835,19 M., gegen 2.420.864,71 M. Im Kriegsjahre wurden demnach 142.971,48 M. mehr ausgegeben als im Jahre 1913. Das fällt um so bedeutender ins Gewicht, als die Zahl der Mitglieder durch die Umberleitung zu den Bahnen erheblich geringer geworden ist. Die Arbeitslosenunterstützung beanspruchte 495.466,05 M., gegen 328.177,34 M. im Vorjahre. Gleichgültig schon das Jahr 1913 große Anforderungen an die Kassen stellte, und obgleich im Kriegsjahre die Unterbringungen gekürzt wurden, sind für Arbeitslosigkeit 167.318,71 M. mehr ausgegeben worden. Für Reise, Umzug, besondere Notfälle und Invalidität betrug der Aufwand 105.024,28 M., gegen 88.638,21 M. Für Streiks, Maßregelungen und Ausbeirungen wurden unter der Einwirkung des Bürgerdeuts nur 318.612,40 M. ausgegeben gegen 459.448,53 M. im Vorjahre. Daß durch die Einwirkung des Kriegesjahres der Vermögensbestand zurückgegangen ist, erscheint nicht verwunderlich. Während das Gesamtvermögen in den Hauptklassen aller Gewerkschaften Ende 1913 sich auf 1.432.815,14 M. belief, betrug es Ende 1914 nur noch 1.222.726,11 M. Der Rückgang betrug demnach auf 210.089,03 M. Der Bestand der Lokalkassen ist von 295.712,95 M. auf 195.812,67 M., also um rund 100.000 M. gesunken. Das ist zurückzuführen auf die Unterbringungen, die den Kriegsfrauen und den Arbeitslosen aus den Lokalkassen zuteil geworden sind. Das Gesamtvermögen der Deutschen Gewerkschaften, das sich Ende 1913 auf 4.465.341,01 M. belief, betrug Ende 1914 noch 4.056.923,51 M. Die Einbuße beziffert sich also auf 408.417,50 M.

◆ Internationale Rundschau ◆

Norwegen. Seit dem 1. Juli streifen die kommunalen Arbeiter der Stadt Trondhjem, im ganzen 500 Mann. Hauptächlich sind es die Arbeiter bei der neuen Hafenanlage, der Kanalisation und des Gas- und Elektrizitätswerkes. Die Forderungen der Arbeiter sind: Einführung des Achtstundentages und eines Mindestlohnes von 5 Kronen pro Tag, außerdem eine Zulage nach zwei Jahren von täglich 25 Cere. Die Stadtverwaltung hat ihnen 4,60 Kronen pro Tag und eine Arbeitszeit von 51 Stunden wöchentlich an. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, traten die Arbeiter in den Streik. Auf Antrag des Gemeindefeldschiffen die Streikenden, täglich 40 bis 50 Kubikmeter Gas zu produzieren, damit der Bedarf der Krankenhäuser, der Ärzte und Zahnärzte gedeckt werden könne. Der Beschluß wurde unter der Voraussetzung gefaßt, daß die Beschlässe der übrigen Gaskonsumenten unterbrochen und keine Streikbrecher auf dem Gaswerk beschäftigt würden.

Rundschau

Die Beseitigung der Zuckernappheit, die in der jetzigen Saucmilch- und Einmachzeit dringend zu wünschen ist, hat eine an den Stellvertreter des Reichslänglers, Staatssekretär Dr. Felbrück, gerichtete Denkschrift des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen zum Ziele. Wie schon in seiner Eingabe vom Mai, so erblidet der Ausschuss auch jetzt noch den Grund für den allgemeinen Zuckermangel in der spekulativen Zurückhaltung durch gewisse Industrie- und Großhandelskreise, die durch die bisherige Preiszuschlagspolitik außerordentlich begünstigt werde. Gegen diese Bestrebungen, die der Ausschuss als eine große Gefahr für unsere Kriegswirtschaft ansieht, verlangt er in Übereinstimmung mit Handelskreisen eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen über die Preisserhöhung derart, daß es nicht mehr heißt: für Juni 40 Pf., für Juli 50 Pf. und für August 1,20 Pf., sondern daß es heißt: Juli kostet es 50 Pf. und August 70 Pf. mehr als bisher. Dadurch würde dem Vorkauf der Vorräte erheblich Vorschub geleistet. Der von den Raffinerien vielfach als Grund für die Zuckernappheit angegebene Arbeitermangel soll durch Zuführung von geeigneten Ciappen- und Armierungsmannschaften behoben werden. Ferner fordert die Denkschrift neben einer Erhöhung des Kontingents von 65 vom Hundert für Verbrauchszucker die direkte Abgabe von Rohzucker für Einmachzwecke und die Ermäßigung der Verbrauchsabgabe für das laufende Betriebsjahr, genau wie bei der Rohzuckerfreigabe für Futterzwecke. Da die durch Bundesratsverordnung vom 27. Mai der Zentral-Einkaufsgesellschaft erteilte Ermächtigung, Verbrauchszucker zwangsweise aufzukaufen, nach dem Urteile von Sachverständigen keinen merkbar günstigen Einfluß auf die Marktpreisverhältnisse ausgeübt hat, so soll die Gesellschaft durch Vereinerung von den einengenden Bestimmungen weit entscheidender als bisher zur Durchbrechung der spekulativen Hemmungen bei der Zuckerverzorgung in den Stand gesetzt werden. Dazu gehört auch eine Ausdehnung der angekündigten neuen Bestandaufnahme auf die Vorräte unter 50 Kilogramm, wenn nötig, durch gemeindliche Erhebungen. Für den Fall einer Ablehnung dieser Vorschläge empfiehlt der Kriegsausschuss die Beschlagnahme der gesamten Zuckervorräte durch das Reich und ihre zwangsvereinwirtschaftliche Verarbeitung und Verteilung unter Einsparung der entsprechenden Erwerbskreise nach Art des Reichsgetreidemonopols.

Angst vor mehr Sozialpolitik. Unter allen möglichen Verrenkungen, die deutlich das Unbehagen erkennen lassen, das jemand empfindet, der sich einer gegebenen Tatsache gewaltiam verziehen will, sucht die „Deutsche Arbeiterzeitung“ in ihrer neuesten Nummer dem Gedanken entgegenzutreten, daß die für Deutschland so gegenständig sich erweisenden sozialpolitischen Maßnahmen fortgesetzt und weiter ausgebaut werden müssen. Die „Arbeiterzeitung“ muß zwar selbst zugeben, daß die von ihr so oft bekämpfte Sozialpolitik die besten Früchte gezeitigt hat, doch dürfe man die Sache nicht auf die Spitze treiben. Dies hat aber nach der Ansicht des Unternehmensorgans der Direktor des bayerischen statistischen Landesamts, Prof. Dr. Friedr. Zahn, getan, der in seiner Preisvorlesung vom 70. Geburtstage gewidmeten Schritt über die Wirkung der deutschen Sozialversicherung den guten Einfluß der letzten auf die Arbeiter kräftig hervorgehoben hat. Nach dem Krieg erit recht Sozialpolitik! „Denn“, so argumentiert er, „dem weiteren Blick erscheint als oberstes Ziel der Gesamtheit nicht Reichtum und Tätigkeit weniger, sondern größte körperliche, wirtschaftliche und sittliche Kraft der Massen.“ In diesem Programm, das bis zum Neit durchzuführen jeden wahren Freund unseres Volkes anspannen müßte, erblidet die „Arbeiterzeitung“ nichts weiter als einen „Rassensult“. Sie befürchtet, daß um der Massen willen die Bedeutung der „Wenigen“, der „Tüchtigen“ außer acht gelassen wird. Diese „Wenigen“ werden aber sofort wieder ebenfalls in eine „Masse“ verwandelt, indem darauf verwiesen wird, daß es in Deutschland immer noch fast 4 Millionen gewerbliche Betriebe gebe, deren Inhaber doch die gleiche Mühsucht verdienen wie diejenigen Kreise, auf die allein sich nach Ansicht der „Arbeiterzeitung“ die sozialpolitische Fürsorge unserer Zeit zu konzentrieren sucht. Und nun bemüht sich das Blatt nachzuweisen, daß nicht die Volkskraft, die Kraft der Massen das lohnbarste Gut ist, das es zu pflegen gilt, denn die großen Fortschritte, die wir in unserem gesellschaftlichen Leben gemacht haben, seien zumeist nicht aus der Masse, nicht aus der Volkskraft, sondern aus den Köpfen der einzelnen, aus der Individualität weniger entspringen. Wir wollen nun keinen müßigen Streit herbeiführen um die Frage, welcher Faktor den größten Anteil an der Entwicklung hat, zu der wir uns emporgeschoben haben. Das zentrale Glied in der Kette der Entwicklung, die hier die „Arbeiterzeitung“ vorführt, wollen wir aber doch dahin ergänzen, daß die Individualität des einzelnen auch nur auf die Volkskraft, der Masse beruht. Wollen wir nicht einen abgeschlossenen, durch Vorrechte aller Art geschützten engeren Kreis weiter bestehen lassen, aus dem sich die „Wenigen“, die „Tüchtigen“ immer wieder erheben, dann müssen wir eben dafür sorgen, daß in der Stärkung unserer Volkskraft der Mutterboden unserer wirtschaftlichen Fortschritts erhalten bleibt. Nur wenn dafür gesorgt wird, daß auch das Los der arbeitenden Masse nach Möglichkeit zu einem freundlichen gestaltet wird, können wir damit rechnen, daß

auch aus ihr heraus sich Kräfte entfalten, die als die Tüchtigen, die Genialen und Fabrikreuer der Kultur sich als die Führer der Nation auf allen Gebieten an die Spitze stellen. Und vor nicht allzu langer Zeit hat sich ja auch die „Arbeiterzeitung“ zu diesem Standpunkt bekannt, jedem Menschen, sei er hoch oder niedrig geboren, die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Wenn die „Arbeiterzeitung“ jetzt davon nichts mehr wissen will, so überrascht uns das auch nicht weiter. Wir wissen, daß die Arbeiterklasse, will sie Anteil nehmen an allem, was die wirtschaftliche Entwicklung dem Menschen bietet, sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen darf. Denn ebenso falsch wie die Behauptung der „Arbeiterzeitung“, die ersten und wichtigsten Anregungen für die Durchführung der sozialen Fürsorge seien aus bürgerlichen Kreisen gekommen, ist auch die Meinung, daß eine Fortführung dieser Fürsorge getrost dem guten Willen der Regierung überlassen bleiben könne. Die Auslassungen der „Arbeiterzeitung“ zeigen, daß die hinter ihr stehenden Kräfte, das stark organisierte Ullernheim, freiwillig keinen Schritt weiter gehen wollen in der sozialen Fürsorge für die Massen. Was noch fehlt und erreicht werden muß, kann ihnen nur abgetrotzt werden mit Hilfe von Arbeiterorganisationen, die an Kraft nicht zurückstehen dürfen hinter den Organisationen der Unternehmer.

Kriegslehren für die Arbeiterinnen. Fast ein Jahr währt jetzt der Krieg, der ungeheure Anforderungen an die Tapferkeit und die Ausdauer unserer Angehörigen und Freunde draußen in den Schützengräben stellt. Da Italien sich auch noch unseren sieben Gegnern hinzugesellt hat, ist die Aussicht auf baldige Beendigung des Krieges wieder verschwunden. Das werden nicht nur die ichmerzlich empfinden, deren Familienangehörige Kriegsteilnehmer sind, sondern alle, die irgendwie durch den Krieg betroffen werden. Wer fühlt nun nicht die Folgen des Krieges? In den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung jeder einzelne, auch wenn er keine Angehörigen im Felde hat. Der Einfluß des Krieges auf das Wirtschaftsleben und die Lebensmittelpreise ist für alle zur Arbeiterklasse gehörenden Personen von großer Bedeutung. Nun hat allerdings in einer Reihe von Berufen der Krieg Anlaß zu erhöhter Arbeits Gelegenheit und besserem Verdienst gegeben. Daneben aber gibt es eine ganze Reihe Arbeiter und namentlich Arbeiterinnen, die seit Kriegsausbruch weniger Arbeit und verminderten Verdienst haben. Die Familien, wo der Mann Kriegsdienste leistet, haben fast alle gegen früher geringeres Einkommen, selbst dort, wo die Gemeinden zu der Kriegsunterstützung des Reiches Zuschüsse leisten. In einer ganzen Anzahl von Orten erhalten die Kriegsfamilien aber nur die Reichsunterstützung, also 12 M. pro Monat und für jedes Kind 6 M. und nichts oder nur wenig dazu. Auch Arbeitslosenunterstützung wird nicht überall gezahlt. Nur wenige Gemeinden haben sie bis jetzt eingeführt. Seit Kriegsausbruch sind aber die Preise für die notwendigen Lebensmittel ganz erheblich in die Höhe gegangen; Kleidung, Schuhzeug usw. sind ebenfalls bedeutend teurer geworden. Das muß von Bedeutung sein für alle, deren Einkommen auch früher nur knapp zum Leben gereicht hat. Mehr noch als allgemein in der Arbeiterklasse war dies stets der Fall bei den Arbeiterinnen. Soweit sie in der Familie lebten, wurden sie ja mit durchgehalten. Alleinlebende Mädchen und Frauen, die von ihrem Verdienst sich und Kinder zu ernähren hatten, konnten auch vor dem Krieg nur auskommen unter Verzicht auf so mancherlei, was das Leben angenehm macht, häufig nur unter Verzicht auf ausreichende und zweckmäßige Ernährung. Wie mag es diesen und allen denen jetzt gehen, für die der Krieg keine Erhöhung des Verdienstes oder sogar verminderte Einnahmen gebracht hat? Es ist sicher, daß sie in ständiger Sorge leben müssen. Jede Steigerung der Preise für die Lebensartikeln bedeutet für sie noch größere Einschränkung und dadurch schwere gesundheitliche Schädigung für die Zukunft. Bei längerer Kriegsdauer muß aber mit weiterer Preissteigerung der nötigsten Bedarfsartikel gerechnet werden. Die Zahl derjenigen, die in dieser Weise unter den Folgen des Krieges leiden, ist ungeheuer groß, so groß, daß daneben die Ziffer der durch Kriegsaufträge besser Gestellten vermindert. Wo bessere Löhne erreicht worden sind, ist dies zumeist auch nur durch den Einfluß der Organisationen geschehen. In der Bekleidungsbranche sind z. B. durch die Organisationen für Militärlieferungen günstige Abmachungen erfolgt. Im Bezirk des Polizeidienstamts des Gardekorps sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen nach den Abmachungen drei Viertel des Vertrages erhalten, der als Herstellungspreis von der Oberverrechnung gezahlt wird. Der Unternehmer hat nur Anspruch auf ein Viertel. Da der Praxis wird nicht ohne weiteres nach diesen Abmachungen verfahren und die Organisation hat vielfach eingreifen müssen, um den Beschäftigten den ihnen zutehenden Lohn zu verschaffen. Die Unternehmer sind eben in den Verufen, wo in der Mehrzahl Arbeiterinnen beschäftigt sind, nicht daran gewöhnt, sich bei der Entlohnung nach Vereinbarungen richten zu müssen. Die Mehrzahl der Arbeiterinnen stehen immer noch außerhalb der Organisationen, weil sie den Wert des Zusammenchlusses und seinen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen noch nicht erkannt haben. Wenn der Zusammenbruch aber in der Lage war, selbst in Berufen, wo in der Entlohnung der Arbeiterinnen bisher nahezu reinste Billiar herrschte, günstige Arbeitsbedingungen festzulegen, so ist allein schon dadurch der Vorteil des Organisierten bewiesen. Er kommt weiter zum Ausdruck in der Wirksamkeit der Organisationen für

Die Arbeitslosen. Bei Beginn des Krieges waren nur die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die größte Not geschützt. Erst später haben die Gemeinden selbständig und in Verbindung mit den Organen der Invalidenversicherung Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Überall aber waren selbst dann die Organisierten gegenüber den Unorganisierten im Vorteil. Sie brauchten sich nicht den Kontrollen und Nachhaken durch die mit der Erledigung der Anträge auf Unterstützung betrauten Personen unterstellen. Für sie allein genügte der Stempel der Organisation und auch die Zuschüsse der Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hatten, wurden ihnen ausbezahlt. Diese Erfahrungen, sowie der Hinweis auf die gemeinsamen Bemühungen von Arbeitnehmern- und Arbeitgeberorganisationen, Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen, werden sicher dazu beitragen, auch den Arbeiterinnen zu zeigen, daß die Organisationen nützliche Einrichtungen sind und es im eigenen Interesse liegt, ihre Bestrebungen durch Beitritt zu unterstützen. Nur wenn die Vereinigungen der Arbeiter und Arbeiterinnen einen großen Teil der im Verufe beschäftigten Personen umfassen, sind sie in der Lage, auf die Arbeitsbedingungen einzuwirken. Wo sie stark genug waren, sind ihre Bemühungen auch in der Kriegszeit erfolgreich gewesen. Der Arbeiterchaft ist nicht nur ein entsprechender Anteil an dem Ertrage ihrer Arbeit gesichert worden, es wurden außerdem Entlassungen verhindert und für Unterstützung der Arbeitslosen und in Not geratenen Mitglieder gesorgt. In einer Zeit, wo so viele erfahren haben, wie wenig gesichert die Existenz der arbeitenden Bevölkerung ist, mühte der Hinweis auf die Bestrebungen und die Leistungen der gewerkschaftlichen Organisationen auch die Arbeiterinnen veranlassen, sich diesen anzuschließen.

Verluste an Menschenleben in Krieg und Frieden. Der Tod ist im Frieden ein nicht viel seltenerer Gast als im Kriege; nur hinterläßt sein Erscheinen bei uns eine andere seelische Wirkung. hat viel des Gewaltigen und Furchtbaren verloren. Dies betont Dr. Hermann Friedmann in einem Aufsatz der bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Heber Land und Meer“. Selbst die gewaltigen Opfer dieses Weltkrieges ändern auf eine längere Reihe von Jahren verteilt, an der Sterblichkeit der europäischen Bevölkerung nicht viel. Das deutsche Volk wird nach dem Krieg zahlreicher sein als vor ihm, denn sein Geburtenüberschuß genügt, um die Lücken auszufüllen. Die Sterblichkeit des russischen Volkes vergrößert sich für die Dauer des Krieges um schätzungsweise 18 Proz., eine ungeheure Ziffer, wenn man bedenkt, daß sich im Russisch-Japanischen Kriege die Sterblichkeit der Russen nur um 2 Proz. vermehrte. Trotzdem werden auch hier die Verluste wieder gedeckt. Nur Frankreich wird aus dem Kriege mit einer absolut verminderten Volkszahl hervorgehen, denn die Sterblichkeit des französischen Volkes wird durch den Krieg um 60 bis 70 Proz. erhöht, und seine geringe Geburtenziffer reicht nicht aus, um die schon stets drohende Entvölkerung aufzuhalten. Auch im Frieden sterben in Europa durchschnittlich etwa zehn Millionen Menschen jährlich, und wenn dies der natürliche Verlauf ist, so ist doch auch die gewaltige Vernichtung von Menschenleben in Friedenszeiten ziemlich groß. In Deutschland allein gehen jährlich durch Unfall im Verufe 10 000 Personen zugrunde, 14 000 enden durch Selbstmord, mindestens 1000 durch Verbrechen; im ganzen sterben 35 000 jährlich eines gewaltigen Todes, also fast 2 1/2 Proz. der Gesamtsterblichkeit. Von den erwachsenen Männern der häuslichen Industriebevölkerung endet jeder sechste auf gewaltige Weise; ein Bergarbeiter ist in seinem Arbeitsleben vor tödlichen Ereignissen durchschnittlich ebenso stark bedroht wie der Soldat während eines Krieges. Europa zählt in jedem Jahre nach niedrigster Schätzung 150 000 Fälle gewaltigen Todes; de ihre Zahl nicht abnimmt, wird sie im nächsten halben Jahrhundert mindestens acht Millionen betragen. 44 000 Menschen tötete das letzte Erdbeben in Mittelitalien, das vor dem Donnern des Weltkrieges fast ganz überhört wurde; nicht mehr Menschen fielen 1870 auf deutscher, im mandchurischen Krieg auf russischer Seite. Die Pest tötet in Englisch-Indien jährlich mindestens 700 000, und sie soll ein unvermeidliches Uebel sein.

Wunsch in die Zukunft.

(Keinen Lohnen.)

Du, der auf kurzen Feinen
kraxelt durch die Welt,
hörst nicht das blutige Weinen,
das diese Tage durchgeht.

Du in der engen Wiege
schummerst in guter Ruh,
Lohnen, Lul und Siege
fallen dir wunschlos zu.

Ah aber stehe dazwischen,
der schweren Zeiten beruht.
Wonne und Wehe mischen
sich selbst in meiner Brust.

Wenn einst die letzte Hülle
eurer Kindheit reißt:
Wohin euch wohl die Hülle
eurer Erinnerung weist?

Dah kein Mensch fänden sterbe
eines Menschen Hand:
Erfennt ihr darin euer Erbe?
Nähst ihr euch dem Verwandt?

Ein Wunsch für euch, die Spättern,
macht mir die Seele weit:
werdet mir zu den Vätern
einer neuen Zeit.

Karl Bräger i. d. „Fränk. Tagespost“.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Dokumente zum Weltkrieg 1914“. Die Buchabteilung Vorwärts, Berlin ZW. 68, hat nunmehr den 3. Teil des französischen Gelbbuches erscheinen lassen. Damit liegt das französische Gelbbuch vollständig vor. Der 3. Teil enthält die Aktenstücke von der Kriegserklärung Österreichs an Serbien bis zum Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland. Darunter befinden sich also auch die Resolution des Präsidenten Poincaré, die dieser in der Parlamentskammer vom 4. August zur Verlesung brachte, und die Neben des Ministerpräsidenten Viviani aus der Sitzung der Deputiertenkammer vom 4. August 1914. Auch bei dem französischen Gelbbuch hat sich der Herausgeber, Genosse Edward Bernstein, streng an das Programm gehalten und sich auf die getreue Wiedergabe der amtlichen Dokumente beschränkt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen der Aktenstücke. Die drei Hefte, die das französische Gelbbuch umfaßt, kosten zusammen 1 Mk.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| Jakob Bettl, München
Invalide
† 6. 7. 1915, 57 Jahre alt. | Wilibald Maier, Forrach
Straßenreiniger
† 20. 6. 1915, 70 Jahre alt. |
| Edwig Burghausen, Cölhen
Bauunterarbeiter
† 8. 6. 1915, 64 Jahre alt. | Johann Hlnk, München
Gasarbeiter
† 6. 7. 1915, 55 Jahre alt. |
| Karl Heeger, Hannover
Arbeiter (Straßenreinigung)
† 8. 7. 1915, 42 Jahre alt. | Joh. Valiszewski, Bremen
Gasarbeiter
† 30. 6. 1915, 64 Jahre alt. |
| Hermann Hapfer, Gera
Laternenwärter
† 22. 6. 1915, 63 Jahre alt. | Philipp Kosmarin, Mainz
Gasarbeiter
† 24. 6. 1915, 53 Jahre alt. |
| Karl Krause, Bad
Kohrleger
† 27. 6. 1915, 48 Jahre alt. | Timm Schlüter, Hamburg
† 6. 7. 1915,
im Alter von 63 Jahren. |
| Valentin Kukula, Bremen
† 20. 6. 1915,
im Alter von 45 Jahren. | Simon Weber, München
Asphaltarbeiter
† 8. 7. 1915, 50 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|--|--|
| Karl Albert, Bremen
am 23. Juni im Alter von
40 Jahren im Osten gefallen. | Wilhelm Melten, Krefeld
am 21. August 1914
im Alter von 25 Jahren gefallen. |
| E. Grebigheimer, Mannheim
am 5. Dezember im Alter von
23 Jahren in Frankreich gefallen. | P. Penkert, Friedrichshagen
am 22. Juni im Alter von
29 Jahren gefallen. |
| Otto Bloch, Reinkindendorf
Gasarbeiter, am 17. Mai im
Alter von 24 Jahren gefallen. | Fr. Stapelfeld, Langenhorn
am 17. Dezember im Alter von
32 Jahren im Westen gefallen. |
| Joh. Frank, Krefeld-Bochum
im Juni im Alter von 24 Jahren
im Feldlazarett verstorben. | Fr. Steinmann, Mannheim
am 22. Mai im Alter von
27 Jahren im Westen gefallen. |
| Fried. Fütterer, Wolfsanger
am 12. Juni im Alter von
29 Jahren gefallen. | Peter Schlegel, Nürnberg
am 4. Juni im Alter von
24 Jahren in Frankreich gefallen. |
| Paul Holske, Schöneberg
am 3. April im Alter von
28 Jahren gefallen. | E. Urbshat, Königsbg. i. Pr.
am 23. Juni im Alter von
44 Jahren im Lazarett verst. |
| Willy. John, Königsbg. i. Pr.
Arbeiter, am 5. Juni im Alter
von 28 Jahren gefallen. | Benedikt Wastian, Neuried
am 19. Juni im Alter von
30 Jahren in Frankreich gefallen. |
| G. Kirchnick, Königsbg. i. Pr.
am 2. Mai im Alter von
27 Jahren in Rußland gefallen. | W. Zachran, Königsbg. i. Pr.
am 3. Juni im Alter von
41 Jahren in Polen gefallen. |

Ehre ihrem Andenken!